SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken: Ergebnisse der DIW-Studie

Stäglin, Reiner; Pfeiffer, Ingo

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Stäglin, R., & Pfeiffer, I. (2007). Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken: Ergebnisse der DIW-Studie. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 3, 52-57. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-417757

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken

Ergebnisse der DIW-Studie

Prof. Dr. Reiner Stäglin, Ingo Pfeiffer

Prof. Dr. Reiner Stäglin war von Oktober 2000 bis September 2004 Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft und ist seither deren Stellvertretender Vorsitzender. Von 1962 bis 2004 Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Für seinen Einsatz für die amtliche Statistik im In- und Ausland erhielt Prof. Dr. Stäglin das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Diplom-Soziologe Ingo Pfeiffer ist seit 1972 Mitarbeiter im DIW Berlin im Bereich: Forschung, Innovation und Technologie; Arbeitsgebiete: Bevölkerungsforschung, regionale Strukturentwicklung, Evaluation wirtschaftspolitischer Maßnahmen, Unternehmensbefragungen.

Die Diskussion über die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und Gesellschaft.[1] Bei dieser Diskussion wird auch die amtliche Statistik zu den Bürokratielasten gezählt und eine Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten gefordert. Die dafür ins Feld geführten Argumente, die sich auf Einzelfälle und bisher vorliegende Untersuchungen stützen, sind jedoch oft undifferenziert, strittig und selten nachvollziehbar. Um zu einer Versachlichung dieser Diskussion beizutragen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) im November 2003 dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken" durchzuführen.

Begleitet wurde die Untersuchung durch einen Projektbeirat, dem Vertreter des Auftraggebers, der statistischen Ämter sowie ausgewählter Wirtschaftsverbände angehörten. Vor Abschluss der Arbeiten wurde am 30. März 2006 ein Workshop durchgeführt, auf dem die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung einem ausgewählten Kreis vorgestellt und diskutiert wurden. Der Öffentlichkeit wurden die endgültigen Ergebnisse der Belastungsstudie auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin am 26. Juli 2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin präsentiert.

Herr Prof. *Dr. Stäglin* und Herr Diplom-Soziologe *Pfeiffer* vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin haben sich freundlicherweise bereitgefunden, die Ergebnisse der DIW-Belastungsstudie in stark komprimierter Form im Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg zu veröffentlichen.[2] Dafür bedanken wir uns.

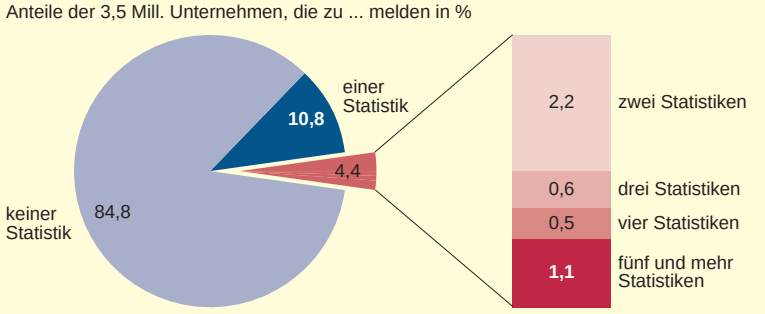
15 % aller Unternehmen zu amtlichen Statistiken meldepflichtig

Das bei den statistischen Ämtern geführte Unternehmensregister ermöglicht einen ersten Einblick in die Belastungssituation der deutschen Wirtschaft durch die Erhebungen der statistischen Ämter. Es zeigt, dass von den knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland im Jahr 2004 rund 85 % zu keiner amtlichen statistischen Erhebung herangezogen wurden. Von den 15,2 % der Unternehmen, die Statistikpflichten zu erbringen hatten, meldeten 10,8 % zu einer Statistik und 2,2 % der Unternehmen zu zwei Statistiken. Von drei und mehr statistischen Erhebungen waren ebenfalls 2,2 % der Unternehmen betroffen; darunter befanden sich 1,1 % Berichtspflichtige, die fünf und mehr Erhebungen beantworten mussten *(Schaubild 1).*

Eine Unterteilung dieser Angaben zur Meldepflicht nach Größenklassen der Unternehmen lässt erkennen, dass der Anteil der meldepflichtigen Unternehmen sich umgekehrt proportional zur Größe der Unternehmen verhält. Von den Kleinstunternehmen, also den Berichtspflichtigen der Größenklasse mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wurden 12,6 % zu einer oder mehreren Meldungen herangezogen. Von den Kleinunternehmen (10 bis 49 Beschäftigte) und von den mittleren Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) waren zwischen vier Zehntel und zwei Drittel betroffen. Von den Unternehmen der Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte wurden 73 % und von den Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten gut vier Fünftel zur Abgabe statistischer Meldungen herangezogen.

1 Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau von Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Siehe den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005: „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit", Kapitel 9.1 Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten.

S1 Meldepflicht der Unternehmen in Deutschland 2004*)



*) Zu Erhebungen der statistischen Ämter.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 60 07

Zeitaufwand für einzelne Statistiken sehr unterschiedlich

Die durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene Information über die Betroffenheit von Unternehmen durch Erhebungen der statistischen Ämter reicht nicht aus, um die tatsächliche Belastung der Befragten richtig einzuschätzen. Hierfür ist eine individuelle Befragung über den Zeitaufwand zur Bearbeitung der Statistiken erforderlich. Diese Befragung erfolgte im unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen statistischen Erhebung mit einem eigenständigen Fragebogen, in dem nach dem Zeitaufwand für die Erhebung, nach den daran beteiligten Stellen und nach der Herkunft der geforderten Angaben, nach Schwierigkeiten bei der Beantwortung sowie nach Verbesserungsvorschlägen gefragt wurde.

Die Zahl der in die Belastungsbefragung einbezogenen berichtspflichtigen Unternehmen und Betriebe lag bei 168 300. Knapp 75 000 Berichtspflichtige haben den Befragungsbogen zurückgesandt, was eine durchschnittliche Rücklaufquote von 44,5 % bedeutet.

Aus Vergleichsgründen wurde eine Normierung des erfragten Zeitaufwands auf Jahresbasis vorgenommen; das heißt, die Zeitangaben für Statistiken mit monatlicher Meldefrequenz wurden mit 12 und diejenigen mit vierteljährlicher Meldefrequenz mit 4 multipliziert. Zeitangaben für Statistiken mit mehrjährlichen Meldefrequenzen wurden dagegen nicht umgerechnet, weil der Meldeaufwand im Jahr 2004 angefallen ist. Die so ermittelten jährlichen Bearbeitungszeiten für die amtlichen Statistiken wurden in eine Rangfolge gebracht, die zeigt, dass die Intrahandelsstatistik mit einem Meldeaufwand von 3 448 Minuten Rang 1 und die Binnenschifffahrtsstatistik mit 42 Minuten Rang 72 belegen *(Tabelle 1).*

Durchschnittlicher Meldeaufwand liegt bei 64 Minuten im Monat

Die Verknüpfung der gewichteten empirischen Befunde mit den Rahmendaten des Unternehmensregisters ergibt für die 528 500 Unternehmen, die im Jahr 2004 von statistischen Berichtspflichten betroffen waren, einen Meldeaufwand von rund 6,7 Mill. Stunden. Der durchschnittliche Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen ist mit jährlich 12,7 Stunden – das entspricht einem monatlichen Meldeaufwand von 64 Minuten – gering; die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Wirtschaftsbereichen differiert aber stark.

Der Meldeaufwand der Kleinstunternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit fast 42 % aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, macht mit beinahe 1,4 Mill. Stunden ein Fünftel des gesamten Zeitaufwands für amtliche Statistiken aus. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit liegt bei 6,1 Stunden, was der Hälfte des gesamten durchschnittlichen Meldeaufwands entspricht. Bezieht man den Meldeaufwand auf die rund 707 000 Beschäftigten in den Kleinstunternehmen, erhält man einen Aufwand je Beschäftigten von 1,9 Stunden. Dieser Wert ist sechsmal größer als der Durchschnitt über alle meldepflichtigen Unternehmen.

Umgekehrt verhält es sich mit der Klasse der Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Auf sie entfallen 0,8 % des gesamten Meldeaufwands bei einer durchschnittlichen jährlichen Bearbeitungszeit je meldepflichtigem Unternehmen von 122,3 Stunden; also zehnmal so viel wie der jahresdurchschnittliche Meldeaufwand aller betroffenen Unternehmen. Der durchschnittliche Zeitaufwand für Statistikpflichten je Beschäftigten liegt hier bei 0,1 Stunden. Diese Ergebnisse zeigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten bei Aussagen über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist.

Die Ergebnisanalyse macht zudem deutlich, dass der größte Meldeaufwand vom Verarbeitenden Gewerbe, vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern“ und vom Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen“ erbracht wird *(Tabelle 2).* Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter liegen hier bei 35,4 Stunden, bei 19,8 Stunden und bei 5,8 Stunden. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind es die Unternehmen der drei Unterabschnitte „Maschinenbau“, „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ sowie „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, die mit einem Anteil von 45 % an allen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gut 46 % des Meldeaufwandes von 2,6 Mill. Stunden erbringen.

Setzt man den gesamten Meldeaufwand in Höhe von 6,7 Mill. Stunden zu den von den 34,6 Mill. Beschäftigten Arbeitnehmern geleisteten 47,1 Mrd. Stunden in Beziehung, erhält man einen sogenannten Statistik-Belastungsquotienten von 0,014 %. Nimmt man als Bezugsgröße für den Belastungsquotienten das Arbeitsvolumen der in den meldepflichtigen

2 Eine Langfassung ist nachzulesen bei Stäglin, Reiner/Pfeiffer, Ingo: Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch die amtliche Statistik – Ergebnisse der DIW-Studie, in: Wirtschaft und Statistik Heft 11/06, Statistisches Bundesamt (Hrsg.).

T1 Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten		Rangfolge
	Statistiken im Produzierenden Gewerbe					
001	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1 198	1 185	77	929	6
002	Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	364	353	78	78	63
007	Monatliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	249	247	85	1 014	5
010	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	499	493	99	397	22
011	Investitionserhebung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	181	177	118	118	47
012	Investitionserhebung (Unternehmen) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	875	858	79	79	61
016	Eisen- und Stahlstatistik	118	115	74	886	7
026	Holzstatistik	57	55	123	491	16
028	Düngemittelstatistik	31	30	64	257	32
046	Monatsbericht Bauhauptgewerbe	283	280	93	1 118	4
047	Vierteljährlicher Bericht Ausbaugewerbe	426	420	74	296	28
049	Auftragsbestand Bauhauptgewerbe	101	100	94	377	24
052	Totalerhebung Bauhauptgewerbe	1 527	1 464	67	67	68
053	Jährliche Zusatzerhebung Ausbaugewerbe	842	821	87	87	58
054	Unternehmens- und Investitionserhebung Bauhauptgewerbe	432	428	106	106	49
055	Unternehmens- und Investitionserhebung Ausbaugewerbe	460	452	78	78	62
060	Energieverwendung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	2 199	2 159	63	63	69
061	Kohleimport und -export	7	6	59	710	9
063	Erhebung über Biotreibstoffe	15	14	180	180	41
064	Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme	112	109	121	121	46
065	Monatsbericht Energie- und Wasserversorgung	174	173	58	695	10
066	Monatsbericht Elektrizitätsversorgung (allgemeine Versorgung)	114	113	70	835	8
067	Stromerzeugungsanlagen zur Eigenversorgung	57	55	269	269	30
068	Monatsbericht allgemeine Gasversorgung	8	7	114	1 372	3
070	Erhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	96	95	125	125	44
073	Erhebung über Klärgas	272	269	54	54	70
075	Abgabe von Flüssiggas	24	23	81	81	60
076	Investitionserhebung (Betriebe) Energie- und Wasserversorgung	91	90	236	236	34
077	Investitionserhebung (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	176	174	335	335	25
081	Kostenstruktur (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	237	233	481	481	19
082	Jahreserhebung Abgabe sowie Ein- und Ausfuhr von Gas	191	189	222	222	36
083	Jahreserhebung Stromabsatz und Erlöse	158	155	214	214	38
013	Kostenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe (2003 für 2002)	8 643	8 534	266	266	31
013K	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2002 für 2001)	2 286	2 205	90	90	56
013K (neu)	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2004)	167	158	70	70	67
056	Kostenstruktur Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2003 für 2002)	2 707	2 677	222	222	35
056K	Strukturerhebung Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2002 für 2001)	2 568	2 491	99	99	50
	Statistiken im Handel und Gastgewerbe					
290	Intrahandelsstatistik	2 533	2 507	287	3 448	1
459 d	Monatliche Handelsstatistik (Einzelhandel)	1 180	1 159	36	428	21
459 z	Monatliche Handelsstatistik (Großhandel, Handelsvermittlung)	3 604	3 565	33	394	23
460 (neu)	Jährliche Handelsstatistik	2 074	2 036	97	97	52
460	Jährliche Handelsstatistik (2002 für 2001)	5 868	5 751	126	126	43
466	Monatsbericht im Gastgewerbe	445	428	39	462	20
467	Jährliche Gastgewerbestatistik	681	667	82	82	59
469	Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr	1 320	1 277	40	485	18

T1 Noch: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten		Rangfolge
	Dienstleistungsstatistik, Statistiken zu Freiberuflern und Handelsvertretern					
271	Kostenstruktur Freie Berufe und weitere Dienstleistungen	1 837	1 799	93	93	53
273	Jährliche Dienstleistungsstatistik (Bereiche I und K)	2 882	2 842	97	97	51
274	Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen	663	642	46	185	39
	Verkehrsstatistiken					
297	Eisenbahnstatistik (Unternehmens- und Verkehrsstatistik)	87	85	149	1 790	2
300	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Unternehmen)	178	171	272	272	29
301	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Verkehr)	135	133	122	487	17
307	Binnenschifffahrtsstatistik (2003 für 2002)	846	814	42	42	72
314	Luftfahrtstatistik (2003 für 2002)	230	226	87	87	57
	Handwerksstatistiken					
040	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung (Direktmelder)	2 721	2 645	36	142	42
	Umweltstatistiken					
500	Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	1 141	1 113	92	92	54
501	Betriebliche Abfallentsorgung (öffentliche Müllabfuhr)	233	225	184	184	40
513	Einsammeln von Verkaufs-, Um- und Transportverpackungen	296	293	122	122	45
521	Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	352	342	77	77	64
524	Investitionen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe)	3 418	3 350	75	75	65
525	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe)	6 943	6 770	116	116	48
526	Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	63	60	72	72	66
	Lohn- und Gehaltsstatistiken					
411	Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel	567	559	54	215	37
412	Verdiensterhebung im Handwerk	326	316	51	51	71
413	Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel	1 389	1 370	90	90	55
489	Arbeitskostenerhebung	712	695	534	534	14
	Preisstatistiken					
390 d + z	Index der Erzeugerpreise des Produzierenden Gewerbes	370	365	26	314	27
391	Index der Erzeugerpreise in der Landwirtschaft	84	81	27	322	26
394 d + z	Index der Großhandelsverkaufspreise	324	322	20	241	33
395	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	137	136	52	624	12
398E	Index der Einfuhrpreise	1 583	1 509	46	546	13
398A	Index der Ausfuhrpreise	1 424	1 340	44	526	15
401	Index der Baupreise, Neubauten usw.	323	316	57	689	11
	Insgesamt	**74 924**	**73 316**	**X**	**X**	**X**

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

T2 Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig[1)]	Unternehmen	Meldeaufwand	Meldeaufwand je Unternehmen
	1 000	1 000 Stunden	Stunden
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1,5	50,9	35,0
D Verarbeitendes Gewerbe	73,7	2 611,1	35,4
E Energie- und Wasserversorgung	3,2	105,5	32,6
F Baugewerbe	113,1	528,3	4,7
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern	89,1	1 759,6	19,8
H Gastgewerbe	60,1	531,1	8,8
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,5	170,7	4,6
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,6	35,1	13,6
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen	131,6	767,7	5,8
L Öffentliche Verwaltung	2,3	20,0	8,8
M Erziehung und Unterricht	0,3	4,9	17,4
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	33,5	14,3
O Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	11,3	69,8	6,2

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

Unternehmen mit Verwaltungstätigkeiten befassten abhängig Beschäftigten und Selbstständigen, kommt man auf einen Statistikanteil am Zeitaufwand für Verwaltung von 0,15 %. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu der weitverbreiteten Meinung, dass die Meldepflichten zur amtlichen Statistik die Wirtschaft stark belasten.

Amtliche Statistik nur geringer Teil der Bürokratiebelastung

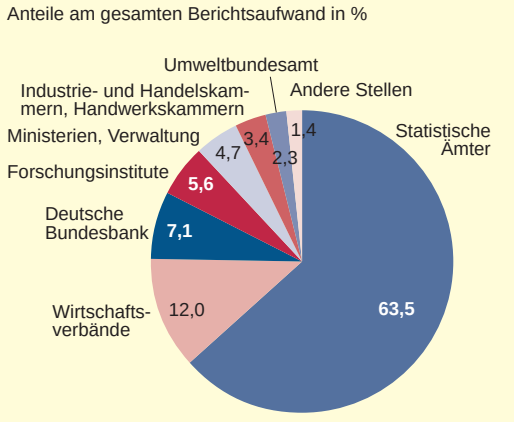
Zur Einordnung der Ergebnisse der Belastungsstudie wurden ausgewählte Teilnehmer dieser Erhebung um Angaben zu ihrem Zeitaufwand für die Bearbeitung nicht amtlicher Statistiken sowie anderer Berichtspflichten gebeten, die im Zuge ihrer Unternehmenstätigkeiten anfallen.

Bei den Statistikmeldungen überwiegen die Anforderungen der amtlichen Statistik; knapp zwei Drittel des Bearbeitungsaufwands der Unternehmen entfällt auf sie *(Schaubild 2)*. Hinzu kommen statistische Meldungen an die Deutsche Bundesbank, soweit aus den Antworten ersichtlich, gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz. Bei den anderen Meldungen dominieren die Anforderungen der Wirtschaftsverbände. Sie und die Kammern beanspruchen zusammen 15,4 % der Bearbeitungszeit, die von den Unternehmen für statistische Meldungen aufgebracht werden muss. Allerdings handelt es sich bei diesen Meldungen überwiegend um freiwillig erteilte Auskünfte.

Freiwillig ist auch die Beantwortung der Auskunftsersuchen von Forschungsinstituten, auf die 5,6 % des Bearbeitungsaufwands entfällt. Nicht genau klären ließ sich der Status von Meldungen, die den Angaben der Befragten zufolge von den verschiedenen Ministerien und Verwaltungsstellen angefordert wurden. In der Gesamtbetrachtung vergleichsweise unbedeutend sind die übrigen Institutionen, von denen nur die Meldungen an das Umweltbundesamt mit 2,3 % der insgesamt erforderlichen Bearbeitungszeit einen nennenswerten Aufwand verursachten.

Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes für die Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung wurde der Fokus auf gesetzliche Melde- und Informationspflichten im Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeitsfeldern der Berichtseinheiten gelegt. Ziel der Befragung war es nicht, den Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldenden Unternehmen für einzelne zusätzliche Berichtspflichten präzise zu erfassen, sondern Größenordnungen für Vergleichszwecke zu ermitteln. So lassen die Befragungsergebnisse erkennen, dass Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder auch das Ausstellen

S2 Gemeldete statistische Informationen*) 2004 nach Empfängern und Zeitaufwand



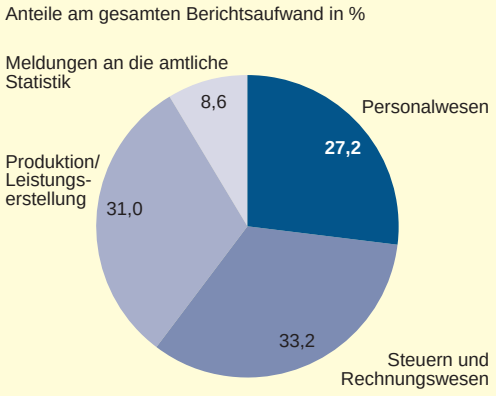
*) Für 959 zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen mit einem Berichtsaufwand von 50 900 Stunden.

Quelle: Unternehmensbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 61 07

von Bescheinigungen im Zusammenhang mit Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen sowie Produktion und Leistungserstellung im Durchschnitt der Unternehmen mit rund 27 % bis 33 % des gesamten Zeitaufwands annähernd gleich große Belastungen darstellen *(Schaubild 3).* Im Vergleich dazu ist der Aufwand für die Pflichtmeldungen zur amtlichen Statistik gering. Nur knapp 9 % des Zeitaufwands für bürokratische Informationspflichten ist durch die Anforderungen der amtlichen Statistik verursacht.

S3 Zeitaufwand*) im Jahr 2004: Meldungen, Bescheinigungen oder Aufzeichnungen



*) Für 959 zur amtlichen Statistik meldepflichtige Unternehmen mit einem Berichtsaufwand von 376 000 Stunden.

Quelle: Unternehmensbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 62 07

Folgerungen

Die DIW-Belastungsstudie belegt, die amtliche Statistik ist in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird. Ein schneller, breit spürbarer Erfolg im Kampf gegen „Bürokratielasten" wäre also auch mit einer drastischen Reduzierung der statistischen Meldepflichten nicht zu erzielen. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass ein kleiner Teil der Unternehmen umfangreiche Statistikmeldungen mit hohem Zeitaufwand regelmäßig zu erbringen hat; darunter befinden sich auch viele Kleinst- und Kleinunternehmen. Anders als größere Unternehmen können sie nur in geringem Umfang Vorteile der Kostendegression nutzen.

Die Analysen der Ergebnisse der Belastungserhebung haben außerdem gezeigt, dass nicht die einzelne statistische Erhebung, sondern die Häufung der Meldepflichten zum Problem wird. Eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten, nach Meinung der Unternehmen zum Beispiel durch stärkeren Einsatz des Rotationsprinzips, scheint aus dieser Perspektive eine Notwendigkeit zu sein. Die Erleichterung unter anderem durch noch intensivere Online-Datenerhebung oder durch den Wechsel vom System der Primärstatistiken zu einem registergestützten Statistiksystem sowie eine ausgewogenere Verteilung der statistischen Meldepflichten ist bei den vorliegenden Ergebnissen zwar keine Frage der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung von Bürokratie, wohl aber eine der Einzelfallgerechtigkeit.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse der Tests mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und der Einführung der Wirtschafts-Identifikationsnummer sowie die Auswirkungen der „Reform der Unternehmensstatistik" bei den von der amtlichen Statistik stark betroffenen Unternehmen weitere Entlastungsmöglichkeiten eröffnen. Die Zielsetzung lautet: Nicht an der amtlichen Statistik sparen, sondern mit der amtlichen Statistik sparen. ■

kurz notiert ...

Neues Faltblatt: „Baden-Württemberg und die Europäische Union"

Mit einem neuen Faltblatt „Baden-Württemberg und die Europäische Union" informieren das Statistische Landesamt und das Staatsministerium Baden-Württemberg über die wichtigsten Fakten im Vergleich des Südwestens mit der Europäischen Union und den jetzt 27 Mitgliedsstaaten. Auf 6 Seiten werden die Themen Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt sowie Lebensstandard und Lebensgewohnheiten vorgestellt.

Die neuen Beitrittsländer, Bulgarien und Rumänien, die gleichzeitig mit Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2007 in die alte EU-25 aufgenommen wurden, sind in dem neuen Faltblatt jeweils gesondert ausgewiesen.

Das Faltblatt kann kostenlos beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Telefon: 0711/641-28 66, Fax: 0711/641-13 40 62, vertrieb@stala.bwl.de bestellt werden oder als PDF-Datei unter www.statistik-bw.de heruntergeladen werden. ■